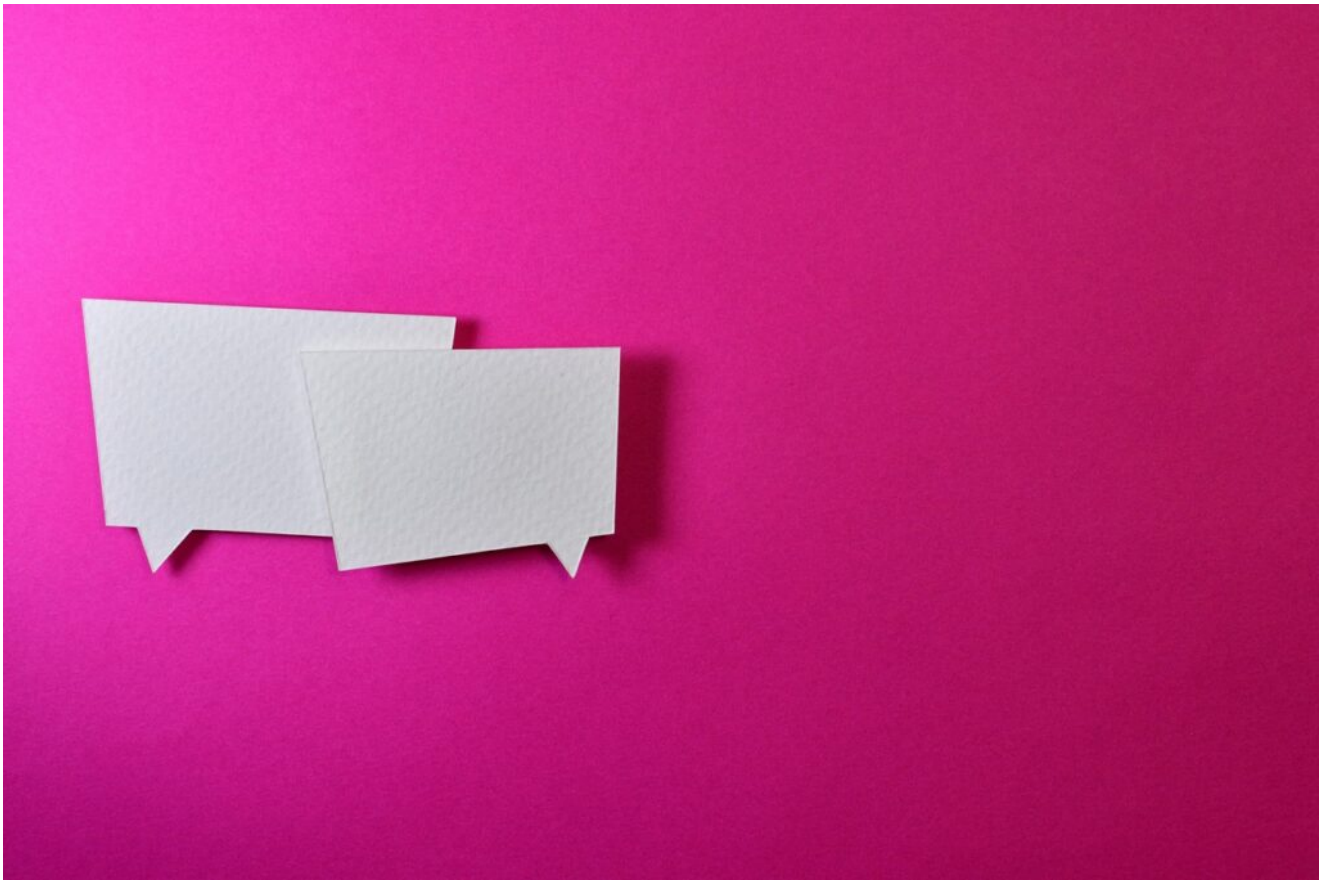
Laschet will interreligiösen Dialog stärken

11. Februar 2019



Köln (KNA) Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) will den interreligiösen Dialog stärken. Das Land solle sich für gemeinsame Projekte der Jerusalem Foundation engagieren, die den Austausch von Religionen und Kulturen voranbringe, sagte er am Freitag dem Internetportal domradio.de des Erzbistums Köln. Die vom früheren NRW-Ministerpräsidenten Johannes Rau (SPD) begründete traditionelle Zusammenarbeit sei von der rot-grünen Regierung unter Hannelore Kraft (SPD) ausgesetzt worden. Laschet ist seit 2018 ehrenamtliches Mitglied der Jerusalem Foundation Deutschland.

Die Stiftung wurde 1966 vom damaligen Jerusalemer Bürgermeister Teddy Kollek gegründet. Sie versteht sich als Brückenbauer zwischen den Religionen und Gesellschaften in Jerusalem und hat weltweit ein Dutzend Vertretungen, seit 2008 auch in Deutschland. In den vergangenen fünf Jahrzehnten realisierte sie mehr als 2.000 Projekte, etwa gemeinsame Aktionen von hebräisch und arabisch sprechenden jungen Menschen. Vorsitzender der deutschen Abteilung ist Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU).

Die Stiftung leistet nach den Worten Laschets so Wichtiges, dass NRW sich engagieren sollte. „Diese besondere Tradition will ich wiederbeleben“, so der Ministerpräsident. Die Beziehung

zu Israel sei „Teil unserer Geschichte in Deutschland“.

Jerusalem mit den heiligen Stätten der drei großen Weltreligionen Judentum, Christentum und Islam leidet laut Laschet unter Spannungen, die vom Nahost-Konflikt überlagert würden. „Das ballt sich alles auf wenigen Quadratkilometern.“ Dennoch sei die Stadt auch ein Ort, an dem der Austausch der Kulturen und der Religionen stattfinde. „Und genau das ist es, was die Jerusalem Foundation voranbringen will.“

Auch in Deutschland müsse der interkulturelle Austausch gefördert werden, so Laschet. „Wir haben keine heiligen Stätten, aber wir haben zuweilen trotzdem Konflikte.“ Wichtig sei der Jugendaustausch mit Israel, an dem auch junge Menschen aus Einwandererfamilien teilnehmen sollten. Als Kinder und Jugendliche in der Bundesrepublik müssten sie die besondere Verantwortung Deutschlands aufgrund der Nazi-Verbrechen verstehen und akzeptieren.

(KNA - tkmks-89-00051)
Foto: padrinan/Pixabay

Stand: 13. November 2026